

30/2013

15. Juli 2013

## Stellungnahme zu den Beschlüssen des Wissenschaftsrates Leibniz durch Perspektivpapier und Neuaufnahme von weiteren Instituten „bestätigt und gestärkt“

**Die Leibniz-Gemeinschaft sieht sich durch die Beschlüsse des Wissenschaftsrates in ihrer Entwicklung „bestätigt und gestärkt“. Das erklärte der Präsident der Wissenschaftsorganisation, Karl Ulrich Mayer, im Anschluss an die Sommersitzung des Wissenschaftsrates. Das oberste wissenschaftspolitische Beratungsgremium der Bundesregierung hatte auf seiner Sommersitzung nicht nur die Aufnahme von zwei weiteren Instituten in die Leibniz-Gemeinschaft empfohlen, sondern auch die Rolle der Leibniz-Gemeinschaft im deutschen Wissenschaftssystem bekräftigt.**

Mit der nun vorgesehenen Aufnahme des DWI an der RWTH Aachen e.V. – *Interactive Materials Research* und des Instituts für Photonische Technologien e.V. (IPHT) in Jena sowie der bereits auf der Frühjahrssitzung empfohlenen Aufnahme des Nationalen Bildungspanels (NEPS) kommt die Leibniz-Gemeinschaft auf 89 Mitglieder nahezu aller Fachrichtungen.

Dadurch wie auch durch das Perspektivpapier zum deutschen Wissenschaftssystem wird die Leibniz-Gemeinschaft als Zusammenschluss selbständiger Institute von herausragender Qualität und überregionaler Bedeutung bestätigt. Der Wissenschaftsrat hat in diesem Zusammenhang vor allem die Einrichtung der transdisziplinären Leibniz-Forschungsverbünde sowie die regional mit Universitäten vernetzten Wissenschaftscampi hervorgehoben.

Mayer betont, dass der Stärkung der Kooperation zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen eine Schlüsselstellung bei der Entwicklung des Wissenschaftssystems zukommt. Die Leibniz-Gemeinschaft hat hier weitgehende Vorschläge, auch zur Verstetigung der universitären Exzellenzcluster gemacht, die insbesondere für den Fall geeignet sind, dass eine Änderung des Grundgesetzartikel 91b nicht zustande kommt.

Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft begrüßt, dass der Wissenschaftsrat auch eine Diskussion zur Lastenverteilung von Bund und Ländern bei der Finanzierung der außeruniversitären Einrichtungen anstößt. „Eine Entlastung der Länder bei der bisher 50:50-geteilten Finanzierung von Max-Planck-Gesellschaft und Leibniz-Gemeinschaft durch höhere Zuwendungen des Bundes wäre wünschenswert. Dafür ist aus guten Gründen eine 70:30-Aufteilung seit Längerem im Gespräch.“

## **Pressekontakt für die Leibniz-Gemeinschaft**

Christian Walther

Tel.: 030 / 20 60 49 - 42

Mobil: 0173 / 513 56 69

walther@leibniz-gemeinschaft.de

Christoph Herbort-von Loeper

Tel.: 030 / 20 60 49 - 48

Mobil: 0174 / 310 81 74

herbort@leibniz-gemeinschaft.de

## **Die Leibniz-Gemeinschaft**

Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 86 selbständige Forschungseinrichtungen. Deren Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute bearbeiten gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevante Fragestellungen. Sie betreiben erkenntnis- und anwendungsorientierte Grundlagenforschung. Sie unterhalten wissenschaftliche Infrastrukturen und bieten forschungsbasierte Dienstleistungen an. Die Leibniz-Gemeinschaft setzt Schwerpunkte im Wissenstransfer in Richtung Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Leibniz-Institute pflegen intensive Kooperationen mit den Hochschulen - u.a. in Form der WissenschaftsCampi -, mit der Industrie und anderen Partnern im In- und Ausland. Sie unterliegen einem maßstabsetzenden transparenten und unabhängigen Begutachtungsverfahren. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen rund 16.500 Personen, darunter 7.700 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Der Gesamtetat der Institute liegt bei 1,4 Milliarden Euro.

[www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de)